



2021 für Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik

Am Jahresende gingen meine Gedanken unwillkürlich ein Dreivierteljahrhundert zurück. Ich war im 13. Lebensjahr, und es war der fünfte Kriegswinter. Der vom faschistischen Deutschland betriebene Eroberungs- und Vernichtungskrieg schlug auf das Land der Urheber zurück.

In mir werden die grauenvollen, Entsetzen einflößenden Bilder der in Schnee und Eis steckenden Flüchtlingstrecks hellwach. Erfrorene Kinder und alte Menschen hatte man in den Straßengraben abgelegt. Aus dem geborstenen Eis des Frischen Haffs' ragten Wagenteile, Gepäckstücke und Pferdeköpfe.

76 Jahre danach und 30 nach dem

Ende des Kalten Krieges zwischen den Warschauer Vertrags- und den NATO-Staaten ist die Welt von 36 Kriegen und etwa 200 bewaffneten Konflikten gekennzeichnet. Mehr als 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht oder wurden gewaltsam vertrieben. Hunderttausende führen in Lagern ein Elendsdasein. Gewaltsames Sterben und Missbrauch von Frauen und Kindern sind alltäglich. Wer zählt diese

Opfer von Krieg und Gewalt?

Statt entsprechend der Charta der UNO, die 1945 als Lehre aus dem 2. Weltkrieg gegründet worden ist, alle strittigen Probleme auf der Grundlage kollektiver Sicherheit zu lösen, ist Krieg wieder zunehmend ein Mittel der Politik.

► Fortsetzung auf Seite 4

1 Das Frische Haff (polnisch Zalew Wiślany, russisch Калининградский залив Kaliningradski saliw) ist ein Haff der Ostsee, das im Norden zur russischen Oblast Kaliningrad und im Süden zu Polen gehört. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Frisches_Haff)

Das muss drin sein:
Corona-Sonderzulage für Frankfurter Klinkpersonal
Jetzt Petition unterzeichnen!

Seite 5

Zusammen helfen!
Hilfen für Homeschooling

Seiten 3 + 19

Weiter gehts!
CubaSi Frankfurt (Oder) sammelt Spenden für kubanische Schüler:innen

Seite 15

♥ Rosa und Karl
Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2021 / Polizeigewalt bei LL-Demo in Berlin

Seiten 16-18

Termine

Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Ffo

27. Januar 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Raum Heilbronn, Oderturm, Logenstraße 8, 9. OG

AG DIE LINKE. stärken

30. Januar 2021, 15:00 bis 17:00 Uhr

Beratung der AG

Schwerpunkt: Nächste Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen“.

- 📍 Diese Veranstaltung wird als Video-/Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr> Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 14:45 Uhr geöffnet.

AG DIE LINKE. stärken

30. Januar 2021, 15:00 bis 17:00 Uhr

Beratung der AG

Schwerpunkt: Nächste Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen“.

- 📍 Diese Veranstaltung wird als Video-/Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-pgx-crr> Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 19544 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 14:45 Uhr geöffnet.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

19. Februar 2021, 15:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes mit den Sprecher*innen der BOs und AGs

- 📍 Durchführung als Video- und Telefonkonferenz. Einladung mit dem endgültigen Datum, Uhrzeit geht dann gesondert an den Teilnehmerkreis und ist auf der Website www.dielinke-ffo.de zu entnehmen.

AG DIE LINKE. stärken

09. Februar 2021, 16:00 bis 18:00 Uhr

Beratung mit den Delegierten

unseres Kreisverbandes zum 7. Parteitag, Annelie Böttcher und Frank Hühner. Entsprechend § 17 (7) der Bundessatzung besteht die Möglichkeit mit den Delegierten über Anträge zu beraten und ein Votum zu einzelnen Sachverhalten zur Kenntnis zu geben.

- 📍 Diese Veranstaltung wird als Video-/Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/mic-b5h-dlp-wzd> Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 31694 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 15:45 Uhr geöffnet.

Cuba Sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

10. Februar 2021, 19:00 Uhr

Treffen der Regionalgruppe

Vorbehaltlich der aktuellen Corona-Lage

- 📍 Havanna-Bar, Am Graben 4, 15230 Frankfurt (Oder)

AG DIE LINKE. stärken

26. Januar 2021, 19:00 – 20:30 Uhr

Corona-Pandemie und linke**Antworten**

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaften weltweit weiterhin im Griff. Nach einer ersten Entspannung im Sommer 2020 schlug die Infektion mit einer zweiten Welle im Herbst besonders stark zu. Explodierende Infektionszahlen, immer mehr Todesfälle und eine Regierung, die mit verschiedenen Maßnahmen versucht, die Kontrolle zu behalten. Mit dem Fortschreiten der Pandemie und den Maßnahmen der Regierung stellt sich verstärkt die Frage der demokratischen Kontrolle der getroffenen Entscheidungen und danach, mit welchen Antworten und Vorschlägen DIE LINKE die Pandemie und ihre Auswirkungen bekämpfen will. Neben der bundes- und landespolitischen Ebene wollen wir in der Veranstaltung einen Blick auf die Situation vor Ort werfen und auch hier die Frage nach den linken Antworten stellen.

- 📍 Wird als Video-/Telefonkonferenz durchgeführt. Die Zugangsdaten: <https://videokonferenz.die-linke.de/b/fra-xuk-odz-7px> (Bitte als Browser Firefox oder Chrome nutzen). Rufnummer für die Teilnahme per Telefon: 030 809 495 40. PIN 63154 (Aufforderung kommt Englisch). Der Raum wird ab 15:45 Uhr geöffnet.

AG DIE LINKE. stärken

19. Februar 2021, 19:00 – 20:30 Uhr

Infostand „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

- 📍 Platz der Demokratie, 15236 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

24. Februar 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

- 📍 Durchführung als Video- und Telefonkonferenz. Einladung mit dem endgültigen Datum, Uhrzeit geht dann gesondert an den Teilnehmerkreis und ist auf der Website www.dielinke-ffo.de zu entnehmen.

Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Ffo

25. Februar 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

- 📍 Raum Heilbronn, Oderturm, Logenstraße 8, 9. OG

Historische Ereignisse

27. Januar 1945

Befreiung des KZ Auschwitz durch sowjetische Truppen der 322. Infanteriedivision der I. Ukrainischen Front

30. Januar 1933

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. Es folgen zahlreiche AusnahmeGesetze, die es der NSDAP ermöglichen, die Staatsmacht an sich zu reißen und politische Gegner auszuschalten.

07. Februar 1933

Illegale KPD-Konferenz in Ziegenhals bei Berlin. Ernst Thälmann spricht das letzte Mal vor KPD-Funktionären.

13. Februar 1945

Befreiung des KZ Groß-Rosen

23. Februar 1933

Das Karl-Liebknecht-Haus - die KPD-Zentrale - in Berlin wird von SA besetzt und geschlossen.

Jahrestage

01. Februar 1945 | Nowawes (heute P-Babelsberg)

† Paul Kühne

Paul Kühne war ein deutscher Antifaschist und Widerstandskämpfer.

🔗 *Quelle: Das Rote Nowawes | https://rotes-nowawes.de/?page_id=439*

06. Februar 1921 | Frankfurt (Oder)

*** Zvi Aharoni**

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt.

10. Februar 1898 | Augsburg

*** Bertolt Brecht**

12. Februar 1908 | München

*** Olga Benario**

22. Februar 1945 | Gefängnis München-Stadelheim

† Sophia (Sophie) Magdalena Scholl

22. Februar 1945 | Gefängnis München-Stadelheim

† Hans Fritz Scholl

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UN) und weitere

27. Januar

Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust / Holocaust-Gedenktag / Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Tag der Befreiung des KZ Auschwitz

Hilfswerk Jugend Eine Welt

30. Januar

Tag der Straßenkinder

UN-Menschenrechtskommission (CHR)

06. Februar

Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung

Deutscher Kinderhospizverein e.V.

10. Februar

Tag der Kinderhospizarbeit

Vereinte Nationen (UN)

12. Februar

Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten

Vereinte Nationen (UN)

20. Februar

Welttag der Sozialen Gerechtigkeit**Hinweis:**

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

WER HAT KEINEN DRUCKER?

Die Hausaufgabendruckerei ist wieder geöffnet!

Momentan ist alles etwas seltsam, auch chaotisch. Wie es nach den Weihnachtsferien mit der Schule weitergeht, ist auch noch nicht so richtig klar, aber eines ist sicher: Hausaufgaben!

Diese werden viele Lehrer*innen ihren Schülern per Mail zuschicken. Nur ist das mit dem Drucken so eine Sache - nicht alle haben einen Drucker zu Hause und auch das Ausdrucken kostet, denn Papier und Tinte sind nötig, was ins Geld gehen kann.

Eine Aktion der Kinderbeauftragten der Stadt Frankfurt (Oder) und des BLOK O

Schickt eure Hausaufgaben jederzeit an oderkueken@gmail.com und sie werden für Euch kostenfrei fertig ausgedruckt im BLOK O zur Abholung bereit liegen.

Ihr könnt sie nicht schicken? Dann kommt mit einem Datenstick vorbei.

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do immer von 13.00 bis 14.00 Uhr an den Feiertagen geschlossen.

Brennt die Luft? Dann finden wir auch dafür eine Lösung.

WER HAT KEINEN DRUCKER?

WIR DRUCKEN EURE HAUSAUFGABEN AUS



MO, DI, DO
13.00 BIS 14.00



Mehr Hilfsangebote auf Seite 19!

Frankfurt (Oder)

ehrenamtliche Kinderbeauftragte Jacqueline Eckardt

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do 13-14 Uhr
sowie auf Anfrage

Kontakt:

Jacqueline Eckardt
oderkueken@gmail.com

Anschrift:

BLOK O - Coworking & Café
Karl-Marx-Straße 182
15230 Frankfurt/Oder

Angebot:

Hausaufgabendruckerei



Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnte uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:



Romy Neupert am 22.1. zum 47.; **Eleonore Schubert** am 23.1. zum 88.;
Angela Vetter am 26.1. zum 56.; **Waltraut Endler** am 28.1. zum 71.; **Birgit Rehberg**
am 31.1. zum 57.; **André Bothe** am 3.2. zum 41.; **Jutta Menzfeld** am 7.2. zum 72.;
Ingeburg Breitzkreuz am 8.2. zum 90.; **Ruth Walter** am 8.2. zum 88.; **Edith Krüger**
am 9.2. zum 87.; **Frank Hühner** am 10.2. zum 56.; **Dieter Knoll** am 10.2. zum 69.;
Margot Theben am 10.2. zum 86.; **Michael Große** am 12.2. zum 66.;
Gabriele Häsler am 12.2. zum 65.; **Theo Sedlak** am 20.2. zum 81.; **Inge Hawlitzky**
am 21.2. zum 87.; **Toska Wandel** am 21.2. zum 65.; **Else Weinberg** am 23.2. zum
66.; **Torsten Deckwerth** am 24.2. zum 57.

2021 für Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik

► Fortsetzung von Seite 1

Hinter der medialen Fassade, dass es um Menschenrechte, um Demokratie und friedensstiftende Missionen geht, steht das gewaltsame Streben nach geostrategischen Einflussphären, nach Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften. Es geht um Großmachtansprüche und maximale Gewinne der global agierenden Konzerne und Großbanken. Seit Jahren steigen weltweit die Rüstungsausgaben. 2019 gaben die europäischen NATO-Staaten und Kanada 310 Milliarden US-Dollar für Militär und Rüstung aus. Ihre Budgetplanung sieht bis 2024 eine Steigerung auf 661 Milliarden vor. Im Jahr 2000 betrug der Militärhaushalt der BRD 24,3 Milliarden €. Im Haushaltsplan 2021 hat eine Mehrheit im Bundestag, gegen die Stimmen der Fraktion der Linken, 50 Milliarden zur weiteren Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen, und das ungeachtet einer Neuverschuldung von 160 Milliarden € und eines zunehmenden Investitionsstaus in der Infrastruktur. Die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wie von der USA gefordert, wird von CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD gebilligt. Statt dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und von den USA den Abzug aller Atombomben aus Deutschland zu verlangen, forciert die Bundesregierung eine „atomare Teilhabe“. Geplant ist der Kauf von 45 modernen Flugzeugen F-18 aus den USA für 8 Milliarden Euro. Mit Flugzeugen dieses Typs, ausgerüstet mit amerikanischen Atombomben, kann die Bundeswehr Ziele weit im Innern Russlands erreichen.

Nicht zu überhören sind die Forderungen von Politikern der CDU/CSU, des Generalinspektors der Bundeswehr sowie des Wehrbeauftragten der Bundesregierung bewaffnete Drohnen anzuschaffen. Dagegen legt auch die Mehrheit der SPD-Frak-

tion ihr Veto ein.

Ein Vertragsabschluss mit Frankreich, Italien und Spanien für ein gemeinsames Eurodrohnen-Projekt steht bevor. Die Bundeswehr hat einen Bedarf von 21 Kampfdrohnen angemeldet. Parallel zur Aufrüstung der Bundeswehr steigt der Rüstungsexport auf Rekordhöhe. Das trifft auch auf Krisengebiete zu. 2019 betrug er 8 Milliarden €. 2020 genehmigte die Bundesregierung beträchtliche Rüstungsexporte in die Türkei, nach Ägypten, in die Arabischen Emirate und nach Jordanien. Diese Staaten sind seit Jahren an den Kriegen in Syrien, Libyen

die forcierte Aufrüstung eine Notwendigkeit zur Abschreckung Russlands sei. Tunlichst verschwiegen wird, dass Russland laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut seine Militärausgaben seit 2016 um 22 Prozent gesenkt hat. Die NATO hingegen hat sie in diesem Zeitraum um 7 Prozent erhöht.

Nicht Russland, sondern die USA haben den MNF-Vertrag zum Verbot der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa gekündigt. Im Widerspruch zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der die deutsche Einheit ermöglichte, stehen NATO-Truppen an Russlands Grenzen.



Nicht im Blick der Weltöffentlichkeit: Der Krieg im Jemen

Mindestens 233.000 Todesopfer seit 2015. Etwa 85.000 jemenitische Kinder unter fünf Jahren verhungerten. Allein im Jahr 2019 wurden 1.400 Kinder im Jemen getötet oder verstümmelt. Mehr als 680 Minderjährige wurden zum Kriegsdienst gezwungen. 24 Millionen Jemenit*innen (80% der Bevölkerung) sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. (Bild: Kinder im Jemen spielen Fußball zwischen durch Bombenangriffe zerstörten Gebäuden. (2019) Quelle: European Union - Peter Biro - CC BY-NC-ND 2.0)

und im Jemen beteiligt. Deutsche Waffen bringen auch im 21. Jahrhundert Frauen und Kindern den Tod. Belastet das etwa das Gewissen der dafür Verantwortlichen? Von Interesse sind doch lediglich die Rekordgewinne der Aktionäre der Rüstungskonzerne.

Obwohl Umfragen bestätigen, dass die Mehrheit der Deutschen auf Grund historischer Erfahrungen für normale Beziehungen zu Russland eintreten, sind besonders Politiker:innen der CDU/CSU, der FDP und auch der Grünen ständig bemüht, der Bevölkerung ein Feindbild Russland zu suggerieren, tatkräftig unterstützt durch die Medien. Irreführend wird der Öffentlichkeit erklärt, dass

Politiker:innen und Friedensforscher:innen, die darauf verweisen, dass „Kriegsspiele“ der NATO und die Demonstration militärischer Stärke an Russlands Westgrenzen die politischen Spannungen anheizen und eine akute Kriegsgefahr darstellen, müssen endlich ernst genommen werden. Die Bundeswehr ist Speerspitze dieser Kriegsspiele. Unbestreitbar ist DIE LINKE ist die einzige Partei, die im Bundestag gegen Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik durch Rüstungsexporte sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr kämpft.

Sie ist programmatisch einig mit den Zielen der Friedensbewegung. Sie kämpft gegen Großmacht- und Kapitalinteressen, denn sie sind die Verursacher von Kriegen. Sie ist in der bundesweiten Aktion „Abrüsten statt Aufrüsten“ aktiv.

Die in Frankfurt lebenden Menschen sollen wissen, dass der Kreisvorstand der Linkspartei einmütig die Unterstützung dieser Aktion beschlossen hat. Die stellvertretende Kreisvorsitzende Boba Preuß, die als Kind das Leid des Krieges erlebte, hat in ihrer Rede auf der Mahnwache des Frankfurter Friedensnetzes auf die untrennbare Zusammengehörigkeit von Friedens- und Sozialpolitik hingewiesen.

Im Juni dieses Jahres wird der Wahlparteitag stattfinden. Unser Augenmerk und unser Kampf müssen darauf gerichtet sein, die im Parteiprogramm enthaltenen friedenspolitischen Grundsätze im Bundestagswahlprogramm festzuschreiben. Das gebietet unser Eintreten für eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik.

Die auf der deutschen Geschichte basierende linke Identität verkörpert Antifaschismus und Antimilitarismus. Eine linke Beteiligung an Aufrüstung und Bundeswehreinräumungen im Ausland, wie auch immer geartet, darf es nicht geben. Das muss unser Grundsatz bleiben.

DIE LINKE kämpft mit der Friedensbewegung dafür, dass die für Aufrüstung und Krieg verschwendeten Milliarden weltweit gegen Hunger und Armut, für Beseitigung der Fluchtursachen und gegen den Klimawandel eingesetzt werden

Horst Dahlmann



Klinikpersonal hat mehr verdient – Corona-Sonderzahlung jetzt!



Jeder von uns war schon mal auf sie angewiesen oder könnte es in Zukunft sein. Die Beschäftigten in unserem Klinikum haben unsere Solidarität verdient. Sie geben uns trotz der widrigen Arbeitsbedingungen Zuwendung, spenden Trost, sorgen sich um unsere Gesundheit. Sie kämpfen jeden Tag um das Leben der Patient:innen auf der Intensivstation. Deshalb habe ich im Dezember eine Online-Petition an die Geschäftsführung des Klinikums und an den Vorstand der Rhön-Klinikum AG gestartet.

7.461 Bürger:innen haben die Petition bisher unterschrieben (Stand 16.01.2021). Die meisten Unterschriften kommen aus Frankfurt (Oder), dem Landkreis Oder-Spree und Märkisch-Oderland.

Kernforderungen der Petition sind eine steuerfreie Sonderzahlung von 600 Euro sowie eine merkbliche Verbesserung der Bezahlung der Beschäftigten und ihrer Arbeitsbedingungen bei der nächsten Tarifrunde.

Gemeinwohl statt Profit

Das Frankfurter Klinikum und die Rhön-Klinikum AG gehören seit 2020 zum gewinnorientierten Asklepios-Konzern. Die größten Anteilseigner an der Rhön-Klinikum AG konnten während der Pandemie ihr Vermögen steigern. Die größten Anteilseigner an der Rhön-Klinikum AG konnten während der Pandemie ihr Vermögen sogar steigern: B. Braun und Familien, Platz 20 auf der Liste der reichsten Deutschen, 7,4 Mrd. EUR Vermögen; Bernhard Gr. Broermann (über Asklepios Kliniken), Platz 65 auf der Liste der reichsten Deutschen, 2,7 Mrd. EUR Vermögen; Eugen und Ingeborg Münch, Platz 411 auf der Liste der reichsten Deutschen, 350 Millionen EUR Vermögen.

Die große Unterstützung bestätigt mich in meiner Einschätzung, dass viele Menschen den Wunsch nach einem anderen Gesundheitssystem haben. Im Mittelpunkt sollten nicht die Profite Einzelner stehen, sondern das Gemeinwohl.

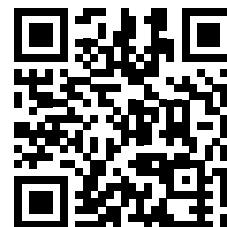
7.500 Unterschriften zum Start der Tarifverhandlungen?

Voraussichtlich Ende Januar beginnen die Tarifverhandlungen am Klinikum Frankfurt (Oder). Zu diesem Anlass will ich die Unterschriften meiner Petition übergeben, um aus der Stadtgesellschaft heraus Rücken-deckung für die Beschäftigten sowie für die Gewerkschaft ver.di zu geben. Einen ersten Erfolg können wir bereits verbuchen. Die Bundesregierung hat die Frist zur steuerfreien Zahlung einer Sonderprämie auf den 30.06. verlängert. Bis dahin bitte ich Euch, noch einmal die Werbetrommel zu rühren: Noch 39 weitere Unterschriften und wir kommen auf die beeindruckende Zahl von 7.500 Unterstützer:innen.

Stefan Kunath
Kreisvorsitzender

**HIER
UNTERSCHREIBEN:**

www.kurzelinks.de/PetitionKHFFO



Bericht aus dem Kreisvorstand

Am 6. Januar kam der Kreisvorstand zu seiner ersten Sitzung im Jahr 2021 zusammen. Die Sitzung fand, wie auch in den letzten Monaten, wieder als Video- und Telefonkonferenz statt.

Zu Beginn gab es unter Aktuelles unter anderem kurze Informationen zur Spendenaktion unserer stellvertretenden Kreisvorsitzenden Boba Preuß für ihr Heimatland Kroatien, welches über den Jahreswechsel von mehreren schweren Erdbeben heimgesucht wurde. Einen Artikel dazu findet Ihr auch in dieser Ausgabe.

Bei Beschlussvorlagen und Anträgen gab es diesmal einen Antrag über die Übernahme von Telefonkosten bei der Teilnahme an Telefonkonferenzen. Eingebracht wurde dieser Antrag von Elke Thiele, Christian Lehmann und der AG DIE LINKE. stärken.

Bis auf eine Ergänzung in Bezug auf den Nachweis der Telefonkosten wurde dieser Antrag 1:1 so übernommen und mehrheitlich beschlossen. (Eine Erläuterung zur Abrechnung der Telefonkosten findet sich in der Ausgabe.)

Der Hauptpunkt dieser Sitzung war die abschließende Diskussion und der anschließende Beschluss des Entwurfes „Entwurf für Bodenpolitische Leitlinien für Frankfurt (Oder)“.

In der letzten Ausgabe des Roten Hahns gab es dazu schon einiges zu lesen, verbunden mit der Bitte um Änderungsvorschläge. Diese Änderungsvorschläge gab es dann auch und wurden in den Entwurf eingearbeitet. Dem Entwurf wurde einstimmig zugestimmt und geht nun an unsere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz am 13. Januar 2021 wurden diesem Antrag von allen Fraktionen einstimmig zugestimmt und geht nun in die nächste Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung.

Beim Tagesordnungspunkt „Bundestagswahl 2021“ wurde berichtet, dass LOS vier Genossinnen und Genossen in das Kernteam für den Wahlkampf entsendet.

Für Frankfurt (Oder) werden mit Anja Kreisel, Tom Berthold, Jan Augustyniak, Axel Henschke und Willi Wallroth fünf Genossinnen und Genossen im Kernteam mitarbeiten. Zuzüglich unseres Kandidaten Stefan Kunath besteht das Kernteam somit aus zehn Genossinnen und Genossen. In den nächsten Wochen wird sich dann auch noch ein Wahlteam bilden.

Im weiteren Verlauf gab es dann noch Informationen zum geplanten Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar, dem geplanten digitalen Neujahrsempfang am 22. Januar und zum fast fertigen Jahresabschluss 2020.

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet voraussichtlich am 24. Februar 2021 um 18:00 Uhr statt. Der geplante Sitzungstermin, am 27. Januar muss aufgrund einer wichtigen Fraktionssitzung entfallen.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Information zur Erstattung von Kosten für Telefonkonferenzen

Am 06. Januar 2021 hat der Kreisvorstand mehrheitlich dem Antrag 001 – 21 „Übernahme der Kosten, die bei der Teilnahme an Videokonferenzen des Kreisverbandes entstehen, wenn keine Flatrate vorhanden.“ zugestimmt.

Eingebracht wurde dieser Antrag von Elke Thiele, Christian Lehmann und der AG DIE LINKE. stärken.

Was bedeutet dieser Beschluss nun genau?

Ab sofort besteht die Möglichkeit, dass bei nicht Vorhandensein einer sogenannten Telefonflatrate die tatsächlich entstehenden Telefonkosten für die Telefonverbindung zur Telefonkonferenz bei der

Kreisschatzmeisterin abgerechnet werden können. Insgesamt stehen für eingehende Abrechnungen für das 2021 300 Euro zur Verfügung.

Dieser Beschluss gilt für Telefonkonferenzen innerhalb des Kreisverbandes. Also zum Beispiel für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreisvorstandes oder auch Telefonkonferenzen der Basisorganisationen.

Wie kann man dies abrechnen?

Dazu erhaltet Ihr in der Kreisgeschäftsstelle das Formular „Auslagererstattung“. Dieses füllt Ihr wie folgt aus:

- Spalte „Datum“: Termin der Videokonferenz,
- Spalte „Sachkosten für“: Teilnahme an Bezeichnung der Veranstaltung, Dazu genutzt: Angabe des Netzbetreibers, teilgenommen von ... bis ... Verbindungspreis __, _ Cent/Minute
- Spalte „Anlass“: Präsenzteilnahme war nicht möglich.

Das ausgefüllte Formular gibt Ihr dann, zusammen mit dem Einzelverbindungs nachweis, wo die entstandenen Kosten ersichtlich sind, zur Abrechnung in der Kreisgeschäftsstelle ab.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Hilfe für Kroatien

Wie eine spontane Spendenaktion für das Erdbebengebiet in Kroatien viel Unterstützung erfährt



Babybekleidung, Windeln, Hygieneartikel und weitere dringend benötigte Güter.

Innerhalb von drei Tagen kamen so viele Spenden zusammen, dass es einen Transporter und PKWs brauchte, um die Kleidung, Hygieneartikel und haltbaren Lebensmittel zur Kroatischen Mission in Berlin zu bringen. Kreisgeschäftsführer Frank Kreitner unterstützte die Spendeninitiatorin Boba Preuß bei der Durchführung der gesamten Spendenaktion.

Die Kroatische Mission Berlin bringt nun alle Spenden in einem großen Transport nach Kroatien, wo sie direkt an die Hilfebedürftigen verteilt werden.

Boba Preuß dankt allen Spender:innen und dem Kreisverband Frankfurt (Oder) für die schnelle Hilfe und Unterstützung bei dieser Hilfsaktion.

Frank Kreitner

Am 28. und 29. Dezember 2020 erschütterten mehrere Erdbeben die Zentralregion Kroatiens. Mindestens sieben Menschen verloren ihr Leben, viele wurden verletzt und unzählige haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren. Besonders betroffen von den Zerstörungen sind die Städte Petrinja und Sisak, die sowieso schon von Armut stark betroffen sind.

Unsere stellvertretende Kreisvorsitzende Boba Preuß, selbst kroatische Staatsbür-

gerin, rief deshalb am 30. Dezember 2020 über die sozialen Medien zu einer Spendenaktion auf.

Neben vielen Frankfurter Bürger:innen, Firmen und Pflegeeinrichtungen hat der geschäftsführende Kreisvorstand beschlossen, diese spontane Spendenaktion mit einer Sachspende von Hygieneartikeln in Höhe von 100 Euro zu unterstützen. Zudem spendeten auch einige Genoss:innen unseres Kreisverbandes

Einsatzbereite Kriegstechnik - eine Erfolgsmeldung?

Was erwarten wir bei Nachrichtensendungen aus Funk und Fernsehen? Bestehen sie nicht zum größten Teil aus Katastrophen- und Negativinformationen? Doch kürzlich meinte die Nachrichtensprecherin einen Erfolg zu verkünden, denn die Kriegstechnik in Deutschland sei zu einem hohen Prozentsatz einsatzbereit, es wurde von über 90 Prozent gesprochen.

Ich frage mich, wieso ist das ein Erfolg? Etwa weil deutsche Waffentechnik erfolgreich Menschen in Kriegsgebieten tötet, ihre Dörfer und Städte zerstört oder weil unserem Land Gefahr von außen droht? Ersteres ist blanker Zynismus und müsste uns die Schamesröte ins Gesicht treiben, das zweite ist schlicht eine Lüge. Doch der Waffenexport der BRD ist ein bedeutender Faktor in der kapitalistischen Wirtschaft und garantiert hohen Gewinn. Das dürfte der Wahrheit eher näher kommen.

In dem Artikel „Die neue Art des Krieges – Strategie der Erschöpfung“ zitiert Generalstaatsanwalt Dr. Jörg Fröhlich den Experten

für Militärstrategie am Institut für Studien des American War College und ehemaliger CIA-Agent Professor Manwaring. In einem Vortrag vor führenden Offizieren der NATO und der Israelischen Armee sagte er: „In solchen Kriegen kann es Tote geben unter Älteren, Kindern, Frauen, Unschuldigen, aber das darf keinen General beunruhigen. Wir müssen direkt auf unser Ziel zugehen, was bedeutet, dass Sie nicht zulassen, dass Gefühle zu solchen Szenen uns daran hindern, das Ziel zu erreichen.“

So also sieht der Einsatz westlicher Mächte beim Kampf um Freiheit und Demokratie in Ländern aus, die sich nicht

ihrem Diktat beugen. Menschenrechtsverletzungen? Aber nein! Es dürfte Historikern, Politwissenschaftlern schwer fallen, ähnlich menschenverachtende Formulierungen sozialistischer Politiker zu finden.

Am Schluss ein Zitat von Heinz Keßler, ehemaliger Minister für Nationale Verteidigung in der DDR, 2017 verstorben: „Sollte die NVA in einem Ernstfall ausrücken müssen, hätte sie bereits ihren Klassenauftrag verwirklicht – der lautet nämlich Frieden sichern und keineswegs Krieg führen.“

Ella Schleese

27. Januar - Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust / Holocaust-Gedenktag /
Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Tag der Befreiung des KZ Auschwitz

Kinderschuhe aus Lublin



Tausende Schuhe von Opfern der industriellen Vernichtung im Konzentrationslager "Auschwitz I" im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau
(Quelle: Wikimedia Commons | User: Bibi595 | CC-BY-SA 3.0)

Von all den Zeugen, die geladen,
vergess ich auch die Zeugen nicht.
Als sie in Reihn den Saal betraten,
erhob sich schweigend das Gericht.

Wir blickten auf die Kleinen nieder,
ein Zug zog paarweis durch den Saal.
Es war, als tönten Kinderlieder,
ganz leise, fern, wie ein Choral.

Es war ein langer bunter Reigen,
der durch den ganzen Saal sich schlang.
Und immer tiefer ward das Schweigen
bei diesem Gang und Kindersang.

Voran die Kleinsten von den Kleinen,
sie lernten jetzt erst richtig gehn
- auch Schuhchen können lachen, weinen -,
ward je ein solcher Zug gesehn?

Es tritt ein winzig Paar zur Seite,
um sich ein wenig auszuruhn,
und weiter zieht es in die Weite -
es war ein Zug von Kinderschuhn.

Man sieht, wie sie den Füßchen passten -
sie haben niemals weh getan,
und Händchen spielten mit den Quasten,
das Kind zog gern die Schuhchen an.

Ein Paar aus Samt, ein Paar aus Seiden,
und eines war bestickt sogar
mit Blumen, wie sie ziehn, die beiden,
sind sie ein schmuckes Hochzeitspaar.

Mit Bändchen, Schnallen und mit Spangen,
zwerghafte Wesen, federleicht -
und viel sind viel zu lang gegangen
und sind vom Regen durchgeweicht.

Man sieht die Mutter, auf den Armen
das Kind, vor einem Laden stehn:
"Die Schuhchen, die, die weichen, warmen,
ach Mutter, sind die Schuhchen schön!"

"Wie soll ich nur die Schuhchen zahlen.
Wo nehm das Geld ich dafür her..."
Es naht ein Paar von Holzsandalen,
es ist schon müd und schleppt sich schwer.

Es muss ein Strümpfchen mit sich schleifen,
das wund gescheuert ist am Knie....
Was soll der Zug? Wer kann `s begreifen?
Und diese ferne Melodie....

Auch Schuhchen können weinen, lachen....
Da fährt in einem leeren Schuh
ein Püppchen wie in einem Nachen
und winkt uns wie im Märchen zu.

Hier geht ein Paar von einem Jungen,
das hat sich schon als Schuh gefühlt,
das ist gelaufen und gesprungen
und hat auch wohl schon Ball gespielt.

Ein Stiefelchen hat sich verloren
und findet den Gefährten nicht,
vielleicht ist der am Weg erfroren -
ach, damals fiel der Schnee so dicht....

Zum Schluss ein Paar, ganz abgetragen,
das macht noch immer mit, wozu?
Als hätte es noch was zu sagen,
ein Paar zerrissener Kinderschuh.

Ihr heimatlosen, kinderlosen,
wer schickte euch? Wer zog euch aus?
Wo sind die Füßchen all, die bloßen?
Ließt ihr sie ohne Schuh zu Haus?

Der Richter kann die Frage deuten.
Er nennt der toten Kinder Zahl.
....ein Kinderchor. Ein Totenläuten.
Die Zeugen gehen durch den Saal.

Die Deutschen waren schon vertrieben,
da fand man diesen schlimmen Fund.
Wo sind die Kinder nur geblieben?
Die Schuhe tun die Wahrheit kund:

Es war ein harter dunkler Wagen.
Wir fuhren mit der Eisenbahn.
Und wie wir in dem Dunkel lagen,
so kamen wir im Dunkel an.

Es kamen aus den Ländern allen
viel Schuhchen an in einem fort,
und manche stolpern schon und fallen,
bevor sie treffen ein am Ort.

Die Mutter sagte: "Wie viel Wochen
wir hatten schon nichts Warmes mehr?
Nun werd ich uns ein Süppchen kochen."
Ein Mann mit Hund ging nebenher:

"Es wird sich schon ein Plätzchen finden",
so lachte er, "und warm ist `s auch,
hier braucht sich keiner abzuschinden...."
bis in den Himmel kroch ein Rauch.

"Es wird euch nicht an Wärme fehlen,
wir heizen immer tüchtig ein.
Ich kann Lublin nur warm empfehlen,
bei uns herrscht ewiger Sonnenschein."

Und es war eine deutsche Tante,
die uns im Lager von Lublin
empfind und "Engelspüppchen" nannte,
um uns die Schuhchen auszuziehen,

und als wir fingen an zu weinen,
da sprach die Tante: "Sollt mal sehn,
gleich wird die Sonne prächtig scheinen,
und drum dürft ihr jetzt barfuss gehn...."

Stellt euch mal auf und lasst euch zählen,
so, seid ihr auch hübsch unbeschuhet?
Es wird euch nicht an Wärme fehlen,
dafür sorgt unsere Sonnenglut....

Was, weint ihr noch? `s ist eine Schande!
Was tut euch denn, ihr Püppchen, weh?
Ich bin die deutsche Märchentante!
Die gute deutsche Puppenfee.

`s ist Zeit, ihr Püppchen, angetreten!
Was fällt euch ein denn, hinzuknien.
Auf, lasst uns singen und nicht beten!
Es scheint die Sonne in Lublin!"

Es sang ein Lied die deutsche Tante.
Strafft sich den Rock und geht voraus,
und dort, wo heiß die Sonne brannte,
zählt sie uns nochmals vor dem Haus.

Zu hundert, nackt in einer Zelle,
ein letzter Kinderschrei erstickt....
Dann wurden von der Sammelstelle
die Schuhchen in das Reich geschickt.

Es schien sich das Geschäft zu lohnen,
das Todeslager von Lublin.
Gefangenzüge, Prozessionen.
Und - eine deutsche Sonne schien....

Wenn Tote einst als Rächer schreiten
und über Deutschland hallt ihr Schritt
und weithin sich die Schatten breiten -
dann ziehen auch die Schuhchen mit.

Ein Zug von aber tausend Zwergen,
so ziehen sie dahin in Reihn,
und wo die Schergen sich verbergen,
dort treten sie unheimlich ein.

Sie schleichen sich herauf in Stiegen,
sie treten in die Zimmer leis.
Die Henker wie gefesselt liegen
und zittern vor dem Schuldbeweis.

Es wird die Sonne brennend scheinen.
Die Wahrheit tut sich allen kund.
Es ist ein großes Kinderweinen,
ein Grabgesang aus Kindermund....

Der Kindermord ist klar erwiesen.
Die Zeugen all bekunden ihn.
Und nie vergess ich unter diesen
die Kinderschuhe aus Lublin.

Johannes R. Becher

Gedenken auch ohne Veranstaltung wichtig

Erklärung des Frankfurter Oberbürgermeisters René Wilke und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Wolfgang Neumann: Keine Veranstaltung am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

„Eine der besonders wichtigen Traditionen in unserer Stadt ist die Durchführung einer Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, jährlich am 27. Januar.

Unter Ägide des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung bereitet ein kleiner Kreis engagierter Akteure für diesen Tag jeweils ein interessantes und angemessenes Programm vor, das bei einer üblicherweise gut besuchten Veranstaltung dem hohen Anspruch an Information, Erinnerung und Mahnung gerecht wird, der bis heute mit dem dunkelsten Kapitel der Geschichte unseres Volkes, unseres Landes verbunden ist.

Leider muss auch diese Veranstaltung im Jahr 2021 pandemiebedingt ausfallen. Die aktuellen Herausforderungen gebieten diese Entscheidung ohne jedweden Spiel-

raum. Wir hoffen sehr, dass wir uns im Jahr 2022 zu diesem Anlass mit vielen von Ihnen wiedersehen werden.

Auch ohne eine angemessene Veranstaltung ist es wichtig, dass wir das Gedenken wach halten an die Zeit des Nationalsozialismus, an die vielen Millionen unschuldiger Opfer, die Andersdenkenden, die Andersfühlenden, die Nichtgewollten, die Nichtangepassten, die Militärangehörigen und die Zivilistinnen und Zivilisten. Aber auch grundlegende menschliche Werte wie der Sinn für Kunst und Kultur, das Mitgefühl, die Toleranz oder der gegenseitige Respekt kamen damals in Misskredit. Eine Vorbedingung, um staatlich sanktionierten Mord durchführen zu können und eine Tendenz, die heute neu aufflammt.

Gerade jetzt, in der Zeit einer weltumfassenden Pandemie, dürfen wir nicht verges-

sen, dass Fehlinformation, Intoleranz, Feindseligkeit untereinander und Mitläufertum eine Entwicklung vorantreiben, die schlimmstenfalls dort endet, wo viele Protestierende unserer Zeit sich irrtümlich bereits wähnen: in einer menschenverachtenden Diktatur.

Vergessen wir nie, dass zum Faschismus nicht nur eine verbrecherische Regierung gehört, sondern auch innerhalb der Bevölkerung eine große Zahl an Menschen, die sich mit einfachsten Halb- und Unwahrheiten aufwiegeln lassen, demokratische Institutionen in Frage stellen, sie sogar erstürmen und außer Kraft zu setzen versuchen. Stehen wir fest zusammen gegen antidemokratische Tendenzen und als Meinung getarnte Angriffe auf unser Gemeinwesen! Nicht nur am 27. Januar, aber an diesem Tag bitte noch etwas bewusster als sonst.“

Gemeinsam gegen HARTZ IV

Die älteren Leser:innen werden sich erinnern: Ende 2003 beschloss der Bundestag das Sozialgesetzbuch II (SGB II) – umgangssprachlich Hartz IV – welches eine Koalitionsregierung aus SPD und B'90/Grüne auf den Weg gebracht hatte. Am 01. Januar 2005 trat es in Kraft. Bundesweit gab es damals Protestdemonstrationen dagegen. Auch in Frankfurt (Oder). Und die PDS plakatierte „Hartz IV ist Armut per Gesetz.“



2021 – 16 Jahre später – gibt es Hartz IV immer noch. In Frankfurt (Oder) z. B. erhielten im Dezember 2020 laut Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit 5.864 Menschen Leistungen nach SGB II darunter 1.553 Kinder.

„Armut bekämpfen, Hartz-IV abschaffen!“ war und bleibt deshalb ein politisches Kernthema der LINKEN. Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist dafür ein langer Atem notwendig. Dazu gehört auch, sich mit der neoliberalen Ideologie auseinanderzusetzen (siehe dazu mein Beitrag „Wider die neoliberale Ideologie“ in Ausgabe 09.2020), Solidarität aufzubauen, den auf Hartz IV angewiesenen Menschen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen – Stichwort Sozialberatung, sie zu ermutigen sich zu wehren und sich dazu zu organisieren. Dabei entsprechend ihren Möglichkeiten mitzumachen, dazu sind alle Interessierten aufgerufen (Mitmachmöglichkeiten siehe unten).

Ein Kampffeld sind die Strafen bei Hartz IV, die sogenannten Sanktionen. Sanktion bedeutet, dass der Leistungsanspruch auf Grund von im SGB II definierten Pflichtverletzungen bzw. Meldeversäumnissen für einen gewissen Zeitraum um einen gewissen Prozentsatz gekürzt wird. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat diese Sanktionen mit seinem Urteil im November 2019 in weiten Teilen als verfassungswidrig erklärt. Kürzungen von mehr als 30 Prozent der Leistungen sind ebenso unzulässig wie ein starrer Sanktionsautomatismus im Jobcenter. Das BVerfG hat den Gesetzgeber verpflichtet, die Sanktionen neu zu regeln. Dazu

aber keine Frist gesetzt. DIE LINKE, der DGB, Sozialverbände und viele andere vertreten den Standpunkt: Minimum ist Minimum! Das Existenzminimum – was anderes ist Hartz IV nicht – muss deshalb geschützt und darf auch nicht bis zu 30 Prozent gekürzt werden.

Die Fraktionen DIE LINKE und B'90/Grüne haben am 15. November 2019 den Antrag „Für soziale Garantien ohne Sanktionen“ in den Bundestag eingebracht. DIE LINKE veröffentlichte am 11. Januar 2020 den Aufruf, ihre Kampagne für die komplette Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen zu unterstützen. Ein Beleg dafür, dass parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit untrennbar ist. Die AG DIE LINKE. stärken folgt, den Fraktionsantrag im Blick habend, diesem Aufruf und startete, Corona bedingt, leider mit Verzögerung im Oktober 2020 mit einem Infostand in der Nähe der nahkauf-Filiale im Stadtgebiet Halbe Stadt ihre Kampagne „Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“ Ein zweiter Infostand folgte im November am HEP in Neuberesinchen Nord. (Der Rote Hahn berichtete in seinen Ausgaben 08 und 09_2020 darüber.) Leider mussten wir uns auf Grund der Pandemielage Mitte Dezember in unserer Stadt dazu entschließen den angemeldeten Infostand abzusagen. Wir werden unsere Kampagne aber 2021 fortsetzen (siehe Kasten).

Inhalt unserer Kampagne sind die oben genannten Inhalte: Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideologie – auch an den Infoständen treffen wir auf Menschen die Hartz-IV-Bezieher*innen stigmatisieren, Aufbau von Solidarität durch das

Sammeln von Unterstützerunterschriften für den Aufruf, Kommunikation unserer LINKEN Sozialberatung und – noch in den Anfängen steckend – Entwicklung von Empowerment der Betroffenen. Daraus ergeben sich auch vielfältige Mitmachmöglichkeiten: Sich an den Infoständen aktiv beteiligen, sie besuchen und selbst unterschreiben, selber Unterschriften sammeln, sich in die Sozialberatung einbringen, an der Erstellung von Infomaterial mitwirken und – besonders wichtig – an der Entwicklung von Ideen für den Kampf gegen die Armut und die Abschaffung von Hartz IV. (Ansprechpartner für Interessierte: Michael Große)

Michael Große

Infostände

„Hartz-IV-Sanktionen abschaffen!“

Winzerviertel, Platz der Demokratie, **19. Februar 2021**, 14:00 bis 17:00 Uhr

Stadtmitte, Kaufland Heilbronner Str. Vorplatz, **19. März 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Kosmonautenviertel, Nähe Haupteingang Südringcenter, **16. April 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Hansa Nord, Hansaplatz, **21. Mai 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Gubener Vorstadt, Nähe Haltestelle Anger, **18. Juni 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Lebuser Vorstadt, Nähe Karl-Marx-Denkmal, **16. Juli 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Altberesinchen, Dresdener Platz, **13. August 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Neuberesinchen Süd, Platz der Begegnung (Haltestelle Wintergarten), **17. September 2021**, 15:00 bis 18:00 Uhr

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Pandemielage in der Stadt. Die einzelnen Termine werden in Der Rote Hahn zeitnah auf Seite 2 kommuniziert.

2021, Stefan Kunath, 50

Meine Überschrift habe ich mit Bedacht so gewählt. Natürlich habe ich große Erwartungen an ein fast normales (Wahl-)Jahr 2021. In der leseintensiven Zeit

zu den Feiertagen im Dezember und Januar habe ich einen mich sehr berührenden Ausspruch von Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799) gefunden, der schrieb:

Ich kann freilich nicht sagen,
ob es besser wird,
wenn es anders wird,
aber soviel kann ich sagen:
Es muss anders werden,
wenn es gut werden soll.

Als Lichtenberg diese Zeilen schrieb, konnte er von Corona nichts wissen. Ohne ihn zu vereinnahmen, seine Gedanken könnten im Wahljahr 2021 für DIE LINKE ein Leitfaden im Programm der Partei sein. Gerade in der jetzigen Zeit haben wir eine besondere Verantwortung, unsere linke Wahlkampfstrategie zu entwickeln. Sie muss den Menschen deutlich sagen: Dafür und dagegen ist unsere Partei. Unstrittig, auch als Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien ist und bleibt für mich: Im Kampf für Frieden in der Welt und gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr bleiben wir in unserer Grundhaltung unerschütterlich. In einer Zeit, wo einige Parteien immer weniger unterscheidbar sind, brauchen wir unser klares politisches Profil.

Den richtigen Kandidaten für die Wahl in den Deutschen Bundestag haben wir mit Stefan Kunath. Aber bei aller, nicht nur meiner Wertschätzung für Stefan - sei nochmals unterstrichen: Wir werden nur Erfolg haben, wenn alle linken Kräfte in unserer Doppelstadt unseren Kandidaten Stefan Kunath politisch unterstützen, ihn wählen und andere dazu anregen, es auch zu tun. Trotz der zunehmenden Nutzung sozialer Medien im Wahlkampf, - das politische Gespräch mit den Menschen bleibt das Wichtigste. Diesen Dialog kann das Internet nicht ersetzen. Das erfordert viel politische Kleinarbeit von uns und eine Dialogführung, die Menschen anspricht,

sie achtet und einbezieht. Erich Kästner hat uns das Folgende ins Stammbuch geschrieben:

„Man kann auf seinen Standpunkt stehen, aber man sollte nicht darauf sitzen“. Wem Erich Kästner nicht links genug ist, dem sage ich es für unseren Wahlkampf mit Karl Marx: „Nicht das Bewusstsein bestimmt das Leben, sondern das Leben das Bewusstsein“.

Was hat es mit 50 in der Überschrift auf sich?

In diesem neuen Jahr 2021 werde ich mein 50. Miniaturbuch schreiben und herausgeben. Es soll und wird wieder eine sehr lebendige Ode an die Doppelstadt werden. Das gemeinsam mit einer sehr bekannten Persönlichkeit, die sich auf die gemeinsame Edition schon freut. Ich kann mir gut vorstellen, dass dieses Buch und dessen öffentliche Vorstellung im Wahlkampf zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 diesen mit und für Stefan Kunath bereichert. Das gelingt, wenn meine Partei dieses Vorhaben politisch und moralisch im Wahlkampf begleitet. Es ist meine Überzeugung, das entspricht voll unserem Doppelstadt Charakter wie ihn Oberbürgermeister René Wilke im Gespräch mit Heinz Kannenberg in der Märkischen Oderzeitung vom 02.01.2021 hervorhob. Bei von mir erschienenen Miniaturbüchern wie „Streifzug eines Stadtverordneten“, „Wendzeiten - Wendefreunde“ habe ich das vermisst. Teilweise auch unangebracht Neid von Mitstreitern gespürt, nicht selbst auf solche Ideen gekommen zu sein. Bei einem unbekanntem Verfasser habe ich den folgenden Gedanken gefunden: „Bücher mögen sich nicht



Stefan Kunath

ist LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke/

rechnen, aber sie zahlen sich aus“. Hier schließt sich mein Kreis zur Überschrift. Ich bin überzeugt, für unsere Partei wird mit diesem Dreiklang 2021 ein gutes Jahr.

Erik Rohrbach

Vorsätze fürs neue Jahr

"Man soll das Neue Jahr nicht mit Programmen beladen wie ein krankes Pferd, wenn man es all zu sehr beschwert, bricht es zu guter Letzt zusammen.

Je üppiger die Pläne blühen, um so verwickelter wird die Tat. Man nimmt sich vor, sich schrecklich zu bemühen und schließlich hat man den Salat.

Es nützt nicht viel, sich rot zu schämen, es nützt nichts und es schadet bloß, sich tausend Dinge vorzunehmen. Lasst das Programm und bessert euch drauflos.

Erich Kästner

Meine Erinnerung bleibt

Gedanken zum Tod von Waltraud Dahlmann

Als vor wenigen Tagen Waltraud Dahlmann in einer mich sehr berührenden Trauerfeier unter Corona-Bedingungen, vom Schneefall begleitet, beigesetzt wurde, bewegten mich auf dem Weg zum Grab viele Gedanken.

Vor allem, keiner geht ganz von uns, er geht nur voraus. Ich kannte Waltraud Dahlmann schon sehr lange und es gab ungezählte Begegnungen gemeinsam mit ihr, Ehemann Horst, Hannelore und mir. Wir wurden für unser Leben gute Freunde. Ein besonderes Erlebnis bleibt mir unvergessen. Im Wendejahr 1989 schrieb ich mein Miniaturbuch „Lebensader Trasse“. Es beinhaltete das in der Sowjetunion von mir in drei Jahren Erlebte in Wort und Bild. Die heute undenkbar hohe Auflagenhöhe betrug 5000 (!) Exemplare. Für das

Vorwort zu dieser Edition gab es mehrere leitende Funktionäre der DSF, die sich dafür „anboten“. Die Zentrale der DSF in Berlin sicherte mir für das einmalige Buch inhaltlich und finanziell die volle Unterstützung zu. Waltraud Dahlmann, im Bezirksvorstand für die Finanzen zuständig und ich, fanden das toll.

Die Wendeereignisse im Herbst 1989 kamen näher und die Befürworter meines Buches waren plötzlich der Meinung, so darf das jetzt unter veränderten politischen Bedingungen nicht mehr erscheinen. Die Finanzierung stand trotz gegebener Zusage auf der Kippe. Als Autor wäre ich auf den Kosten sitzen geblieben. Es war, ist und bleibt das Verdienst von Waltraud Dahlmann: Das Buch wurde so, wie vorgesehen, ohne mich dem Zeitgeist anzupassen, gedruckt und bezahlt. Waltraud Dahlmann setzte sich gegenüber den Zweiflern in der Zentrale in Berlin

durch und erinnerte die dort Verantwortlichen an ihr gegebenes Wort der inhaltlichen und finanziellen Zusage.

Auch daran dachte ich auf dem Weg zur letzten Ruhestätte von Waltraud Dahlmann.

Erneut fand ich den schönen Gedanken von Albert Schweitzer bestätigt: „Was ein Mensch an Gutem in die Welt hinausgibt, geht nicht verloren.“ (M)eine Erfahrung des Lebens füge ich gern noch an: Viele Menschen treten in mein Leben ein, aber nur besondere Menschen wie Waltraud Dahlmann hinterlassen bleibende Spuren in meinem Herzen. Deshalb bleibt Waltraud Dahlmann unvergessen. Heute, morgen, immer.

Erik Rohrbach

LINKS gelesen

In der Rubrik „LINKS gelesen“ stellen wir Publikationen vor, die uns bewegen und wir gern weiterempfehlen.

Mal wieder Friedrich Dürrenmatt lesen?

Zum 100. Geburtstag des Schweizer Dramatikers

Gedenktage sind oft Anlass, sich wieder den Werken des zu Gedenkenden zuzuwenden. Bei Friedrich Dürrenmatt sind es meist die Dramen, die uns gegenwärtig sind. Das Drama „Der Besuch der alten Dame“ haben sicher viele unserer Leser gesehen, auf der Bühne oder verfilmt. Seine Romane sind weniger bekannt, vielleicht „Es geschah am helllichten Tag“. Diese Novelle ist ebenfalls verfilmt worden.

Dankenswerterweise widmen sich sehenswerte Fernsehprogramme wie arte oder 3sat dem Leben und Werk großer Persönlichkeiten der Geschichte. Und so wiederholte arte eine Verfilmung des Romans „Justiz“ von Friedrich Dürrenmatt aus dem Jahr 2016 im Januar, denn am 5. dieses

Monats war der 100. Geburtstag des Schweizer Dramatikers.

Mich hat dieser Film gefesselt und den Wunsch erweckt, diesen Roman zu lesen. Es geht um die Rolle der Justiz in der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Abhängigkeit von der Macht. Von einem Würdenträger und hohen Beamten einer Stadt wird ein Mensch in aller Öffentlichkeit erschossen. Er stellt sich selbst der Polizei. Und doch wird im Hintergrund ein Netz gesponnen, in dessen Flechtwerk sich die Wahrheit verdrehen lässt und einen Unschuldigen zwar nicht vor Gericht, aber in den Tod treibt. Der wahre Mörder geht als Sieger hervor, ein Unschuldiger nimmt sich das Leben und die Berufsbahn eines aufrechten jungen Rechtsanwalts, der sich

der Wahrheit verpflichtet fühlt, wird fast zerstört. Der Film endet mit dem entlarvenden, selbstgerecht vorgetragenen Zitat des freigesprochenen Regierungsrates: „Die Gerechtigkeit wohnt in einer Etage, wo die Justiz nicht hinkommt.“

Ella Schleese

Support your local bookdealer! Unterstützt den lokalen Buchhandel!

Autor:in: Friedrich Dürrenmatt

Titel: Justiz

Verlag: Diogenes

ISBN: 978-3-257-21540-3

Erschienen: 01.09.1987

Einband: Taschenbuch

Seiten: 240

Preis: 11,00 €

Kinderrechte ins Grundgesetz!



Seit langem fordern Kinderrechtsverbände die Verankerung der Kinderrechte in das Grundgesetz, denn bisher werden die besonderen Bedürfnisse und Interessen von Kindern und die Rechte, die sich daraus ableiten in der Verfassung nicht gewürdigt. Kinder finden im Grundgesetz lediglich als Objekt elterlicher und staatlicher Fürsorge Erwähnung. Nach jahrelangem Ringen haben sich Union und SPD auf eine gemeinsame Formulierung für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz verständigt. So berichtete es das ARD-Hauptstadtstudio.

Bereits 2001 brachte die PDS-Fraktion einen Vorschlag zu einer entsprechenden Verfassungsänderung ein. Im Fokus des damaligen Gesetzesentwurfes stand, deutlich zu machen, dass Kinder überhaupt Träger von Rechten sind. Auch wenn der Vorschlag damals - wenig überraschend - abgelehnt wurde: Die Diskussion war nicht mehr zu stoppen. Auch Grüne und SPD übernahmen die Forderung. Doch für eine Verfassungsänderung fehlte stets die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Union positionierte sich klar gegen die Forderung. Sekundiert von konservativen christlichen Verbänden warnten CDU und CSU davor, das Recht von Eltern, ihre Kinder zu erziehen, könne ausgehöhlt werden. Umso überraschender war es dann, dass 2017 die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz erst Teil des Wahlprogramms der Unionsparteien und dann auch des Koalitionsvertrages mit der SPD wurde.

Zwar war nun die Absicht bekundet, doch wie die Formulierung im Detail aussehen sollte, war offen. Die Diskussion hatte sich seit dem ersten Vorstoß der PDS deutlich weitergedreht. Es sollte nun nicht mehr darum gehen, Kinder überhaupt als Rechtsträger kenntlich zu machen.

Vielmehr sollte nun klargestellt werden, welche besonderen Rechte Kinder besitzen. Um das auszuloten setzte die Koalition eine Arbeitsgruppe ein. Diese stand erst kurz vor dem Scheitern, um anschließend nicht einen, sondern gleich drei Vorschläge zu präsentieren. Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) machte sich auf der Suche nach einem Kompromiss mit den nach wie vor skeptischen Unionsvertretern den vagsten der drei Vorschläge zu eigen. Doch auch der ging vielen in der Union wohl noch zu weit.

Insbesondere das Recht von Kindern an allen Angelegenheiten, die sie betreffen auch beteiligt zu werden, und der Vorrang des Kindeswohls trafen bei den Konservativen immer wieder auf Widerstand. Beides findet sich im nun vorgestellten Vorschlag auch nicht wieder. Der Vorrang des Kindeswohls wird eingeschränkt und ist nur noch „angemessen zu berücksichtigen“. Vom Recht auf Beteiligung ist gleich gar nicht mehr die Rede. Es wird auf ein Recht auf rechtliches Gehör reduziert.

Damit fällt der Vorschlag weit hinter die Vorgaben UN-Kinderrechtskonvention zurück. Union und SPD nehmen damit ein Scheitern ihres Vorschlages in Kauf. Denn für eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag

IMPRESSUM

Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047

☎ (0335) 4002031

✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>

📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>

📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

📺 <http://gleft.de/45M>

Verantwortliche für die AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99

BIC: WELADED1LOS

bei der Sparkasse Oder-Spree

Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 420

Nächste Ausgabe: 26. Februar 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

16. Februar 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 18. Februar, 14:00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11, Frankfurt (Oder), Teilnahme via Telefonkonferenz möglich. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Frankfurt (Oder).

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



brauchen sie LINKE und Grüne. Unsere Zustimmung wird es aber nur geben, wenn eine Grundgesetzänderung die Stärkung der Kinderrechte, insbesondere bezüglich Förderung, Beteiligung und Schutz, beinhaltet. Der nun vorgelegte Vorschlag ist ein herber Rückschlag auf dem langen Marsch zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Wie und wann dieser Weg zu Ende geht, ist aber nach wie vor offen.

Norbert Müller
Mitglied der Linksfraktion im Bundestag

Erwiderung: „Er ist in der Familie [Partei] der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.“^[1]

Die Erwiderung bezieht sich auf folgende Passage im Interview zwischen dem linken Oberbürgermeister René Wilke und dem Chefredakteur des „Frankfurter Stadtboten“ vom 2. Januar 2021

»Heinz Kannenberg: „2021 ist das Jahr der nächsten Bundestagswahlen. Wie groß ist als Oberbürgermeister der Linken ihre Ernüchterung am Anfang des Jahres, dass eine rot-grün-rote Mehrheit weit entfernt schein? Was empfehlen Sie ihren linken Wahlkämpfern?“

René Wilke: „Als OB habe ich nicht die Zeit, mir viel über parteipolitische Fragen den Kopf zu zerbrechen. Politisch für richtig halte ich es, mit realistischen Hoffnungen und nicht mit Wut zu arbeiten. In meiner Arbeit geht es mir um eine positive Politik mit Gestaltungsanspruch. Sahra Wagenknecht hat kürzlich etwas Spannendes sehr zugespitzt formuliert: Die Linke befasst sich zu wenig mit der Lebensrealität vieler Menschen und zu viel mit Ideologie und Gendersternchen. Auch wenn ich die Abwertung von Geschlechterfragen nicht teile, verstehe ich, was sie meint. In Frankfurt sind wir da anders und können das besser.“«

Wenn René Wilke ein Interview zum Jahre 2021 gibt, hat er keine Zeit feministischen Kämpfen den Rücken zu stärken. Poststrukturalistische Sprachkritik wird in einem Nebensatz als Ideologie markiert und die alte Mähr des *weißen, *männlichen Industrieproletariats als normative Lebenswirklichkeit erzählt. Dies ist genau genommen eine über 200jährige Abwertung von Geschlechterfragen.

Realistische Hoffnung an einen Oberbürgermeister des größten emanzipatorischen (inner- als auch außerparteilichen) Bündnisses wäre es eigentlich, den demokratischen Sozialismus zu befördern. Dies wäre positive Politik mit Gestaltungsanspruch – stattdessen bin ich wütend und kaputt:

Es fehlt mir der Raum und auch die Kraft die über 200jährigen Missachtungen an feministischen Analysen und Interventionen darzulegen.

Vielleicht habt Ihr in eurem Zusammenhängen Menschen, die diese ehrenamtliche Bildungsarbeiten für Euch leisten können und wollen. Vielleicht delegiert Ihr diese Aufgabe auch mal nicht an irgendwelche *Frauen, sondern nötigt GenossEN, sich auch mal mit einer *weiblichen Lebenswirklichkeit zu beschäftigen und die Sorge dafür tragen. Das wäre gelebte Solidarität!

Aber es bleibt die Frage, was Dir René parteipolitisch einfällt?

Hast Du keine gescheiterte Aussage als Wagenknechts zu rezipieren – inmitten einer Pandemie, einer faschistischen AfD in der SVV und Brandenburg, da fällt Dir nichts Besseres ein, als dich von feministischen Praxen zu distanzieren? Ist das deine partei- und auch sachpolitische Antwort?

Das sich die Herren und Meister mal mit Feminismus und Heterosexismus beschäftigen, liegt wohl doch dabei nicht zuletzt an der Intervention des Gendersternchen. Während es vorher noch möglich schien, die sexualisierte Gewalt im Freund*innenkreis zu ignorieren oder Homofeindlichkeit in der Bewegung unsichtbar zu machen, springt nun des Öfteren ein Genderstern in den Text und die Sprache – und da muss der Herr und Bürger sich auch mal dem Thema annehmen, der für *Frauen und Queers Alltag ist.

Freilich tut er dies erstmal nicht in verbündender und solidarischer Absicht, aber er tut es erstmal – So können aus Herren auch Genoss*innen werden; es wäre aber schön, wenn dies nicht über weitere 200 Jahre dauert.

In Frankfurt sind "wir" feministisch, und geschlechtergerechtere Sprache nur die Vorbotin der Transformationen. Herr Oberbürgermeister Wilke, Genosse René, Du kannst das besser!

Sam Meyer

^[1]Engels - Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats

DIE LINKE.

Trotz Corona: Weiter gehts!

Corona macht es nicht unbedingt leichter!

Bezüglich unserer Aktivitäten für Kuba erst recht nicht. Auch die aktuelle Entwicklung in den USA unter dem neuen Präsidenten und deren Blockadehaltung gegenüber unseren Freunden in der Karibik ist noch schwer abzuschätzen.

Persönliche Treffen im Rahmen unserer CubaSí-Regionalgruppe sind ja momentan nicht möglich. Wir lassen uns aber keinesfalls unterkriegen und versuchen trotzdem (oder gerade deshalb?) das Machbare zu tun!

Das geht natürlich nicht ohne die vielseitige Unterstützung aller, denen der Kampf um eine gerechtere Welt am Herzen liegt. Solch ein Leuchtturm wie Kuba muss nicht nur erhalten bleiben, sondern immer mehr zum Nacheifern anregen.

Genug des Grundsätzlichen - Jetzt konkret:

Unser Genosse Erik Rohrbach steht schon lange in einem freundschaftlichen Brief- bzw. Mailwechsel mit dem Kubaner Dr. Jesus Irsula Pena.

Gemeinsam tauscht er sich mit dem Mitglied des kubanischen Schriftstellerverband, welcher auch Fritz Krause persönlich kannte, über Literatur und die Lage der Welt aus. Auch die weltweite Corona-Pandemie unterbricht diesen Austausch, aus dem wir heute zitieren, nicht. Er zeigt stattdessen: Kuba bleibt standhaft.

„Lieber Genosse und Freund Jesus Ismael Irsuna,
ich erlaube mir, Dir und allen Mitstreitern alle guten Wünsche für die bevorstehenden Feiertage und für den Jahreswechsel 2020 / 2021 mit der anhängenden Datei zu übermitteln.

Vor allem wünsche ich Dir und Deinen Lieben, bleibt alle gesund! Ich hoffe 2021 auf ein Wiedersehen.

Herzlich-solidarische Grüße
Erik Rohrbach“

„Lieber Erik,
vielen Dank für die Endjahresgrüsse. Wir haben ein schwieriges 2020 gabt. Pandemie und Blockade haben gegen uns Ihre Schläge gerichtet aber das kubanische Volk und die Revolution haben es überlebt und beginnen das Jahr 2021 mit neuen Kräften und tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen.

Cuba Viva

„Es lebe Kuba, Kuba lebt“
Umarmung Jesus Irsula“



Spendenaufruf

Cubas Schulen brauchen dringend Hilfe!

Besonders wichtig sind folgende neuen (oder neuwertigen) Dinge:

Bleistifte, Buntstifte, Anspitzer

Schulhefte (DIN A 5), kariert, liniert, weiß

Buntpapier, Mal-, Zeichenpapier

Lineale, Zeichendreiecke, Radiergummis

Auch kleinere Geldbeträge zum Kauf dieser Materialien sind immer willkommen!



Foto: Wolfgang Frotscher

Absprachen zu Art, Menge und Anlieferung bzw. Abholung bitte über info@cubasi-ffo.de oder
Tel.: 0335/60688054

getätigt.

Dass diese Hilfen nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“ sein können, muss sicher nicht besonders erwähnt werden.

Also rufen wir hiermit noch einmal alle Freundinnen und Freunde der Inselrepublik auf, die Frankfurter Regionalgruppe von CubaSí aktiv bei der Beschaffung von Spenden (materiell und vor allem finanziell) für Kubas Schulen zu unterstützen. Was am dringendsten gebraucht wird,

ist aus unserem Spendenaufruf in diesem „Roten Hahn“ zu entnehmen. Anfragen bei Unklarheiten oder Rückfragen zu Einzelheiten bitte beim Autor über die Tel.-Nr.: 0335/60688054 oder per E-mail über: info@cubasi-ffo.de.
Natürlich geht unsere Aktion „Fahrräder für Cuba“ weiter und Spenden für das Gesundheitswesen des Landes (sh. auch „RH“ Nr. 9/2020, Seite 11 und 10/2020, Seite 15) sind auch weiterhin gefragt.

Wolfgang Frotscher

Kuba bleibt standhaft

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung 2021

Wenn wir am zweiten Januarsonntag 2021 traditionell Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht ehren, dann soll daran erinnert sein, dass beide vor 150 Jahren im denkwürdigen Jahr 1871 geboren wurden [RL 5. März 1871, KL 13. August 1871].



Es war das zweite Jahr des erbittert geführten, verlustreichen deutsch-französischen Krieges.

Es war ein revolutionäres Jahr, das der Pariser Kommune.

Vom 18. März bis 28. Mai 1871 regierte der revolutionäre Stadtrat gegen den Willen der konservativen Zentralregierung. Ein sozialistischer Versuch war das, brutal erstickt von der Reaktion, unterstützt vom deutschen Reichskanzler Bismarck. Zum Ende der »Blutigen Maiwoche« hatten sich die letzten Kämpfer auf dem Friedhof verschanzt. An der Friedhofsmauer wurden 147 erschossen und in einem Massengrab verscharrt. In der Folge wurden Tausende Kommunisten standrechtlich hingerichtet. Die Pariser »Mauer der Kommunisten« ist ein Symbol für den Freiheitskampf des Volkes gegen staatliche Repression.

Für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht führte die Analyse dieser revolutionären Erhebung unter anderem zu der von Liebknecht formulierten Erkenntnis: „Der Feind steht im eigenen Land.“ Folgerich-

tig lehnte er als einziger Reichstagsabgeordneter im Dezember 1914 die Bewilligung von Kriegskrediten ab. Damit korrigierte er entschlossen und mutig seine Entscheidung vom August 1914, sich der Fraktionsdisziplin zu beugen und mit den Abgeordneten der SPD, der damals stärksten Fraktion im Reichstag, der Lüge vom „Verteidigungskrieg gegen die Aggression Russlands“ zu folgen und Kriegskredite zu bewilligen. Der reaktionäre Klüngel um den deutschen Militarismus verzieh ihm das nicht. Seine Weggefährtin und er wurden von der Soldateska ermordet. Wie die Kommunisten wurden sie in der Arbeiterbewegung Symbole für den Freiheitskampf.

Was hätte die deutsche Sozialdemokratie allein aus den Schicksalen der Kommunisten und von Karl und Rosa lernen können!

Mindestens seit 150 Jahren ist klar: Einknicken vor der Reaktion dient nur dieser und keinesfalls der Klasse, die von Ausbeutung zu befreien, die Sozialisten ursprünglich angetreten waren. Immer wieder führte es ins Verderben. Das ist seit 150 Jahren mit großen Opferzahlen belegbar.

Heute regiert die SPD mit Parteien, die „christlich“ in ihrem Namen führen, die Bundesrepublik Deutschland. Das Militär dieses Landes verlangt die Bewaffnung mit Drohnen. Verantwortungsbewusste Sozialdemokraten verweigern die Zustimmung zur Anschaffung dieser Waffen. Einige Verantwortungsträger der SPD heulen auf, einige kuschen still, die Regierungspartner verurteilen, beschimpfen, bedrohen. Druck wird aufgebaut und es ist abzusehen, dass das Einknicken kommt.

Der Vorgesetzte aller Streitkräfte der BRD und militärische Berater der Bundesregierung, Generalinspekteur Zorn, behauptet, ohne die Drohnen zwingt man die Truppe zur Untätigkeit.

Wäre es so, könnte das ein bedeutender Beitrag zur Friedenssicherung sein.

Es ist nicht so, das bleibt Illusion. Zu erwarten ist eher, dass die Bundeswehr mit diesen Todbringern bewaffnet wird und die SPD wird dem zustimmen, denn die Bundestagsfraktion der SPD hat dafür gesorgt, dass die Entscheidung über die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen nur vertagt wird. Das Arsenal der Lügen ist unerschöpflich.

Deshalb:

Verstärken wir unsere Anstrengungen, die Kampagne »abrüsten jetzt!« zu unterstützen!

Wir sind noch zu wenige.

Abrüsten ist das Gebot der Stunde, denn die Regierung plant, die Rüstungsausgaben fast zu verdoppeln.

Mobilisieren wir im Sinne der Kampagne alles, was möglich ist, weil es dringend nötig ist!

<https://abruesten.jetzt/>

Gerhard Hoffmann

„Manche Demonstranten sprachen von einer sichtbaren Lust einiger Polizisten, Gewalt anzuwenden.“

Polizeigewalt bei der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebkecht-Ehrung 2021 am 11. Januar 2021 in Berlin

Am 10. Januar 2021 fand die traditionelle Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht vom Frankfurter Tor zum Friedhof der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde statt. Rosa und Karl waren am 15. Januar 1919 von Freikorpsoldaten ermordet worden.

An der diesjährigen Demonstration nahmen ca. 3.000 Menschen teil. In Anbetracht der Tatsache, dass auf Grund der bekannten Umstände bundesweit kaum mobilisiert werden konnte und nur sehr wenige ältere Genossinnen und Genossen an der Demonstration teilnahmen, ist diese Teilnehmerzahl durchaus respektabel.

Die Hygienebestimmungen wurden weitgehend eingehalten und in den Gesprächen zwischen der Polizeiführung und der Demo-Leitung war es zu keinem Zeitpunkt ein Thema, dass Hygienebestimmungen nicht eingehalten würden.

Vielmehr wurde uns mitgeteilt, dass Demonstranten Kennzeichen verfassungswidriger Vereinigungen mit sich führten. Gemeint waren nicht auf anderen Demonstrationen unbehelligt getragene schwarz-weiß-rote Fahnen oder Judensterne mit der Aufschrift »ungeimpft« – beides ist auch nicht verfassungswidrig! Gemeint waren vier oder fünf blaue Fahnen mit dem FDJ-Symbol und Demo-Teilnehmer im Blauhemd.

Alle Versuche, die Polizeiführung von der Rechtslage zu überzeugen, blieben ergebnislos. Tatsache ist, dass die FDJ, die Anfang der fünfziger Jahre in der alten Bundesrepublik verboten wurde, auf dem Territorium der früheren DDR erlaubt ist, weil der Einigungsvertrag gewährleistete, dass keine aus der DDR stammende Orga-

nisation verboten wird. Das in den alten Bundesländern geltende Verbot gilt also für den Osten nicht. Der Versuch, diesen Sachverhalt über einen diensthabenden Staatsanwalt oder Richter zu klären, scheiterte laut Aussagen der Polizei an der Unerreichbarkeit dieser. Drei MdB der Partei DIE LINKE, die Genossinnen Sevim



Dagdelen und Ulla Jelpke sowie Genosse Dr. Alexander Neu, beteiligten sich aktiv an den Bemühungen, die juristischen Sachverhalte aufzuklären und wir bedanken uns für ihr sehr solidarisches Verhalten.

Die Polizeiführung blieb bei ihren alternativen Fakten und setzte die Polizeikräfte ein, um die nicht-verfassungsfeindlichen Symbole aus dem Zug zu entfernen. Dies geschah mit großer Brutalität. Es wurde geschlagen, getreten, geschubst, und Pfefferspray kam zum Einsatz. Demons-

tranten wurden unflätig beschimpft, es wurden Verhaftungen durchgeführt und es gab zum Teil schwere Verletzungen unter den Demo-Teilnehmern. Manche Demonstranten sprachen von einer sichtbaren Lust einiger Polizisten, Gewalt anzuwenden. Die Polizei-Attacken richteten sich nicht »nur« gegen die Trägerinnen und Träger der nichtverbotenen Embleme, sondern umfänglich gegen viele sich in der Nähe befindlichen Demonstranten.

Ja, es gab vereinzelte Flaschenwürfe und einige Feuerwerkskörper wurden gezündet. Davon halten wir nichts. Aber die unverhältnismäßig angewandte Gewalt der Polizeikräfte provozierte auch solche vereinzelten Reaktionen. Diejenigen, die seit Jahrzehnten

Teilnehmer der LL-Demo sind, haben solche Exzesse aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre in Erinnerung. Die Innensensoren stellte damals mit den Hartlinern Schönbohm und Werthebach die CDU. Das Bündnis unterstützt alle rechtlichen Schritte, die im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Polizei am Sonntag eingeleitet werden.

Etwa eine Stunde lang stand die Demo-Leitung vor der Frage, ob die Demonstration unter diesen Umständen durchgeführt werden kann. Nachdem wir uns mit den FDJ-Teilnehmern öffentlich und natürlich in unseren Verhandlungen uneingeschränkt solidarisiert hatten, baten wir gegen 11 Uhr im direkten Gespräch die FDJ-Mitglieder um einen Kompromiss, der nicht zu Stande kam.

Dies ist eine erste Erklärung zur Luxemburg-Liebkecht-Demonstration, die ihr Ziel, den Friedhof der Sozialisten, dennoch erreichte. Dafür dankt das Bündnis allen Demo-Teilnehmerinnen und Teilnehmern,

die das – trotz des exzessiven Vorgehens der Polizei – durch ihre Standhaftigkeit ermöglichten. Die Auswertung der Demonstration ist mit der Bündnissitzung vom 11. Januar 2021 nicht beendet; denn vieles gilt es in Vorbereitung der LL-Ehrung im Januar 2022 weiter zu bedenken.

Doch bereits am 15. Januar 2021 sollten wir zahlreich am Gedenken an Rosa und Karl am Landwehrkanal teilnehmen (Treffpunkt 18:00 Uhr, Start am Elefantentor).

Zugleich rufen wir abschließend mit dazu auf, dass sich viele Menschen am Stillen Gedenken beteiligen, welches am 14. März

2021 anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg (5. März 1871) in Berlin Friedrichsfelde stattfinden wird.

Mit solidarischen Grüßen
LL-Demo-Bündnis
i.A. Klaus Meinel

Polizeilicher Willkür ein Ende setzen

Beschluss des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE zur Luxemburg-Liebnecht-Demonstration am 11. Januar 2021

Der Bundesausschuss der Partei DIE LINKE hat die Erklärung des Bündnisses zur Vorbereitung der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebnecht-Ehrung, 11. Januar 2021 zur Kenntnis genommen.

Der Bundesausschuss verurteilt entschieden die Polizeigewalt gegen Teilnehmerin-

nen und Teilnehmer der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebnecht-Ehrung am 11. Januar 2021.

Wir sehen darin auch den Versuch, das in den ehemaligen Westsektoren Berlins und den sogenannten alten Bundesländern noch immer geltende Verbot der FDJ in den Bundesländern gewaltsam durchzu-

setzen, in denen es nach dem Einigungsvertrag von 1990 tatsächlich nicht gilt.

Wir fordern die für den Einsatz der Polizei im Land Berlin politisch Verantwortlichen auf, dieser polizeilichen Willkür ein Ende zu setzen.

16. Januar 2021

Solidarisch handeln!

Kurz vor Weihnachten 2020. Das übliche Gewusel für die letzten Einkäufe vor den Feiertagen hält sich – coronabedingt – in Grenzen. Einkaufswagen stehen zusammen gekettet an einer Kaufhalle. Ein Mann lehnt am Rande der Wagenkette, den Kopf gesenkt. In seinen von der Kälte geröteten Finger hält er einen Becher und ein Pappschild. HUNGER ist darauf in Großbuchstaben zu lesen. Stumm steht er, spricht niemanden an.

Das Wort HUNGER hingegen schreit förmlich. Während ich mein Fahrrad sichere, beobachte ich die Vorübergehenden. Ihre Einkaufsbeutel sind prall gefüllt. Nur wenige stecken eine Münze in seinen Becher. Ich gehe zu ihm und frage ihn, ob ich etwas für ihn einkaufen könne. „Ja, bitte, ein paar Brötchen und eine Flasche Wasser...“, sagt er mit leiser Stimme. Die Bescheidenheit seiner Bitte berührt mich. In der Kaufhalle sage ich mir: ein Brötchen, ohne etwas drauf zu legen, macht nicht satt. Obst und anderes wandern auch in meinen Einkaufswagen. Ich habe keine Ahnung, was diesem mir fremden Menschen schmecken würde. Das ist jedoch nicht wichtig. Er soll wissen, dass mir sein Schicksal nicht gleichgültig ist. Als ich dem Mann den Beutel mit dem Einkauf gebe, bedankt er sich.

Habe ich so gehandelt, weil Weihnachten

uns alle emotionaler macht als eine andere Zeit? Für meinen Teil kann ich das verneinen. Solidarität, nicht als leere Worthülse, sondern als aktives Handeln verstanden, haben mich geprägt. Besonders in der Zeit der Corona-Pandemie erlebe ich, dass das Wort Solidarität bei Politikern verschiedenster Couleur geradezu Hochkonjunktur hat. Henning Scherf, SPD-Mitglied und von 1995 bis 2005 Bremer Bürgermeister, hat dies einmal so kommentiert: „Solidarität ist eine Leerformel geworden, nicht zuletzt weil der Begriff durch inflationären Gebrauch seines Kerns beraubt wurde.“ Dem kann ich nur zustimmen. Schau ich mich um in diesem so reichen Deutschland, so sehe ich, dass Menschen Pfandflaschen aus Abfallbehältern klauben. Die Tafeln verzeichnen (wenn auch durch die Pandemie bedingt im Moment nicht) eine starke Zunahme Bedürftiger. Andererseits wird Geld in Bereiche gepumpt, in denen

dank intensiver Lobbyarbeit die ohnehin Reichen noch reicher werden, während dem Menschen Dienendes, wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur mit Brosamen abgespeist wird. Betrachtet man in diesem Zusammenhang das häufig gebrauchte Wort Solidarität, wird es zur Farce.

Solidarität hat viele Gesichter: von der uneigennützigsten Hilfe für einen Nachbarn, der ihrer bedarf, bis hin zur Mitmenschlichkeit für die sozial Schwachen, die nicht an ein Ländergrenzen halt macht. In meiner ehrenamtlichen Arbeit für den Solidaritätsdienst international (SODI e.V.) bedeutet das, mich für Kinder in Belarus, die Opfer der Spätfolgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986) sind, zu engagieren. Zu den Hilfsprojekten, die über Spenden und Sponsoring finanziert werden, gehören u. a.

- die Finanzierung der Hülle für eine mobilen Station (im Wert von 35.000,- €) zur Messung des Grades der Verstrahlung von Kindern,
- die Finanzierung von Heilkuren für besonders schwer betroffene Kinder,
- die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und des Weiterbetriebs einer stationären Messstation zur Feststellung der radioaktiven Verstrahlung von Lebensmitteln.

Es ist für mich zugegeben nicht leicht, Spenden zu erhalten. Das hat nicht nur mit der für uns alle schwierigen Zeit zu tun. Als ich jemanden wegen einer Spende ansprach, meinte er: „Aber in Belarus wird doch schon seit Wochen gegen diesen autoritär regierenden Lukaschenko demonstriert. Kann ich denn für ein solches Land Geld spenden?“ Der damit verbundenen Zweifel war mir verständlich. Ich entgegnete, dass solidarische Hilfe – weltweit, unabhängig von den politischen Verhältnissen – für die geleistet wird, die sie am nötigsten haben.

Partnerorganisationen helfen vor Ort, dass sie sie erreicht.

Wenn auch Sie mit einer Spende helfen wollen, dann ist das über folgendes Konto möglich:

SODI Berlin e.V.
IBAN: DE 33 1002 0500 0001 0201 00
Kennwort: Tschernobyl

Jürgen Sobeck
 SODI-Gruppe Eisenhüttenstadt-LOS



Hilfen für Homeschooling in Frankfurt (Oder)

Zusammengestellt vom Netzwerk THINK - Training und Integration in der Nachbarschaft durch Integration

Für wen	Was	Wer	Kontakt	Sprachen	Bemerkungen
Für Alle	Ausdrucken von Hausaufgaben	Kinderbeauftragte der Stadt Frankfurt (Oder)	oderkueken@gmail.com oder montags, dienstags, donnerstags 13-14 Uhr persönlich im Blok O	Deutsch, Englisch	Abholung der Ausdrucke im Blok O, Karl-Marx-Str. 182, 15230 FFO
Vorschulkinder	Deutsch-Unterricht (nur auf Anfrage)	Eltern-Kind-Zentrum Nord der VHS	Susanne Patron familie@vhs-frankfurt-oder.de, Tel 1: 0335 / 28396310, Tel 2: 0335 / 500 800 23	Deutsch, Englisch?	Alle Kurse sind derzeit belegt, Teilnahme nur auf Anfrage!
Schüler und Auszubildende (12 bis 27 Jahre)	Ausdrucken und scannen von Hausaufgaben, Hilfe bei Online-Bewerbungen	Jugendmigrationsdienst des IB	Große Scharrnstr. 18, 15230 FFO, Jmd-frankfurt-oder@ib.de, 0335 2849680	Deutsch, Englisch?, Polnisch?	NUR nach Anmeldung, Do + Do 09:00-12:00 und 13:00-16:00
Grundschüler aus Nord und Sportschüler	Hilfe bei Hausaufgaben	Jugendzentrum „Nordstern“	Nils Krausemann, nils.krausemann@ib.de, 0335 6659 2080, 0151 40738196	Deutsch, ?	NUR nach Anmeldung,
Schulkinder	Hilfe bei Hausaufgaben	Eltern-Kind-Zentrum Süd der vaer e.V.	Alexej-Leonow-Str. 1a, 15236 FFO, 0335 538843	Deutsch, ?	NUR nach Anmeldung, Mo-Do 10:30-11:30 und 13:00-14:00
Schulkinder	Hilfe bei Hausaufgaben	OMNibus Süd	Galileistraße/ Ecke Konstantin-Ziolkowski-Allee, 15236 FFO, 01522 8842575, Omnibus@flexible-jugendarbeit.de	Deutsch, ?	NUR nach Anmeldung, dienstags und donnerstags
Schüler und Berufsschüler (bis 25 Jahre)	Individuelle Nachhilfe (zu Hause oder online)	Bund Lernförderung	Dr. Christoph Neumann, 0160 4003160, christoph.neumann@bund-lernfoerderung.de	Deutsch, ?	Kosten können über BuT übernommen werden, Antrag wird vom Bund gestellt
Auszubildende	?	Handwerkskammer Frankfurt (Oder)	Natalja Kugler	Deutsch, ?	
Migrant*innen	Hilfe bei Bewerbungen und Kommunikation mit Schulen	Kommunales Integrationszentrum der Stadt FFO	Info-ki@frankfurt-oder.de, 0335 552 5180	Deutsch, ?	NUR nach Anmeldung
Erwachsene	Lerncafé online: Lesen und Schreiben verbessern (mittwochs 14:00-15:30)	Grundbildungszentrum der VHS (über die vhs-cloud)	Carmen Winter grundbildung@vhs-frankfurt-oder.de, 0335 54 20 25	Deutsch, ?	Anmeldung im Kurs „Offenes Lerncafé online“ nötig

Streifzug eines Stadtverordneten

von Erik Rohrbach

F

wie Frauen

Frauen sind besondere Freunde und bereichern das Leben. Bezogen auf meine Tätigkeit als Stadtverordneter und in der Nachwendzeit, ohne jemanden zu vereinnahmen, gewann ich auch Frauen als Freunde. Sie begleiteten mich ein Stück meines Weges in den vergangenen fünf Jahren. Dazu gehören die Mitglieder unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Vor allem Birgit Schmiuder und Karin Muchajer, die als langjährig wirkende Stadtverordnete die Arbeit unserer Fraktion mit ihren kommunalpolitischen und persönlichen Lebenserfahrungen nachhaltig bereicherten. Ich habe von beiden tollen Frauen sehr viel lernen können. Genauso wie von Sandra Seifert und Kathrin Verzino vom Brandenburgischen Landesmuseum für moderne Kunst, der ich mich durch ihre offene Art des Umganges miteinander sehr verbunden fühle.

Das trifft auch auf Dr. Claudia Possardt, trotz ihres Ausscheidens aus der Stadtverwaltung, zu. Meine vor Jahren gegebene Zusage halte ich aufrecht, die Genannte bei ihrem ersten Buch so zu unterstützen, als wäre es meine eigene Edition. Den „Rest“ muss Dr. Claudia Possardt natürlich

mit Konsequenz selbst beitragen.

Vielleicht hätte ich allen genannten Frauen meine Wertschätzung auch öfter mal sagen sollen. Ich lernte in der Wahlperiode auch Frauen aus den alten Bundesländern kennen, und was noch wichtiger ist, sie sehr zu schätzen. Im Frankfurt-Stübiger Kooperationszentrum ist das Katrin Becker. Die nette, hübsche und mir seit einigen Jahren bekannte Katrin Becker ist eine sehr angenehme, zurückhaltende Gesprächs- und Diskussionspartnerin. Die Manuskripte meiner Miniaturbücher gebe ich ihr, wie übrigens nur sehr wenigen Menschen denen ich vertraue, vor der Drucklegung zur „Manöverkritik“.

Die genannten Frauen beflügelten meine Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung und ich kann mir nicht mehr vorstellen, sie zu missen. Deshalb zurück zum Anfang.

Mein Dank gebührt allen Frauen, die mich in der Wahlperiode mit kritischen, helfenden und freundschaftlichem Rat begleiteten.

Wenn ich an die Genannten denke, kommt mir ein Wort von Maurice Chevalier in den Sinn:

Eine schöne Uhr zeigt die Zeit an,
eine schöne Frau lässt sie vergessen.

hat den berühmten Nagel auf den Kopf getroffen, als er die Worte fand:

„Wer heute keine Zeit für seine Gesundheit hat, wird später viel Zeit für seine Krankheiten brauchen.“

Als es mich im Januar 2018 mit einem operativen Eingriff am Kopf und einem Aufenthalt im Klinikum bedrohlich „erwischte“, dachte ich oft an diesen Ratschlag. Aber ich spürte auch die Nähe und Begleitung meiner Kolleginnen und Kollegen der Fraktion, die mir gute Wünsche übermittelten. Selbst Freunde der kubanischen Botschaft in Deutschland, mit dem damaligen Kulturattaché Juan Parra Fellove und seine Gattin, besuchten mich im Klinikum,



Erik Rohrbach

In dieser und den folgenden Ausgaben veröffentlichen wir jeweils einen Teil des neuen Miniaturbuches von Erik Rohrbach "Streifzug eines Stadtverordneten".

Erik Rohrbach war von 2014 bis 2019 Stadtverordneter in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

Aber, alle die genannten Frauen kann und will ich nicht vergessen. Auch Maurice Chevalier hätte das sicher nicht gekonnt.

Deshalb finde ich es angemessen, wenn noch mehr Frauen als bisher für die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2019 kandidieren.

Zu meinen Erfahrungen gehört: Frauen bereichern durch ihr gesprochenes Wort, ihre Anwesenheit und ihren ihnen eigenen Charme auch unsere Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

Wer möchte das missen ? Ich auf gar keinen Fall!

bevor sie in ihre Heimat zurückkehrten. Neben der Anregung von Sebastian Kneipp zur Gesundheit, vermittelte mir die nachdenkliche Zeit in Markendorf die Erkenntnis: Wenn Stadtverordnete mal krank sind, sollten sie die Sache ernst nehmen. Aber auch, sich selbst nicht zu wichtig, denn sie sind ersetzbar.

Natürlich ist leidenschaftlicher Einsatz für unsere Stadt schön.

Theodor Fontane hat das so auf den Punkt gebracht:

„Leidenschaft ist immer siegreich.
Aber nicht auf Kosten der eigenen
Gesundheit.“

G

wie Gesundheit

Besonders zu Jahreswechsellern, in der Wahlperiode war das fünfte Mal, habe ich Kolleginnen und Kollegen Stadtverordneten, alle guten Wünsche für eine friedliche Zeit, Gesundheit und persönliches Glück übermittelt. Die Parteizugehörigkeit spielte da keine Rolle. Umgekehrt erreichten mich auch viele solcher Wünsche. Nun ist dieses Miniaturbuch kein Ratgeber für das Leben. In den fünf Jahren lernte ich, nicht nur Anderen gute Gesundheit zu wünschen, sondern die eigene mehr im Blick zu haben. Der alte Sebastian Kneipp